

TÜRKİSCHER EU-SKEPTIZISMUS UND AUSSENPOLITIK Die Frage nach eventuellen Alternativen der Türkei außerhalb der Europäischen Union und deren Sichtbarkeit in der neuen Außenpolitik der Türkei

Dr. İsmail ERMAĞAN
İstanbul

ZUSAMMENFASSUNG

Der mögliche Beitritt der Türkei zur Europäischen Union (EU) ist von großer Bedeutung für die internationale Politik. Seit dem Beginn der Mitgliedschaftsverhandlungen (2005) nimmt aber auf beiden Seiten die Zahl der Bürger ab, die glauben, ein Türkeibeitritt werde überhaupt erfolgen. Unter diesen Umständen werden von verschiedenen Gruppen in der Türkei unterschiedliche Alternativen zur EU-Mitgliedschaft vorgeschlagen – z. B. die „Türkische Union“ (die Zusammenarbeit mit den Turk-Staaten im Kaukasus und in Zentralasien), die „Islamische Union“ (die Zusammenarbeit mit den islamischen Ländern) oder die „Euro-Asiatische Allianz“ (die Zusammenarbeit mit Russland, China, Indien und dem Iran). In diesem Artikel werden diese Alternativen erläutert und diesbezügliche Haltungen der türkischen Parteien verdeutlicht. Die Hauptthese lautet hierbei, dass die Türkei trotz dieser formulierten Alternativen eine multidimensionale Außenpolitik verfolgt und die EU-Mitgliedschaft dabei als die Hauptoption erachtet.

Schlüsselwörter: *Türkei, EU, Mitgliedschaft, Alternativen, türkische Außenpolitik und Parteien*

TÜRKİYE’DE AB ŞÜPHECİLİĞİ VE DIŞ POLİTİKA AB Üyelğine Alternatifler Konusu ve Bu Alternatiflerin Türkiye’nin Yeni Dış Politikasında Görünürlülüğü

ÖZET

Türkiye’nin Avrupa Birliği’ne (AB) olası girişi konusu, uluslararası siyaset için büyük değer taşımaktadır. Fakat, üyelik müzakerelerin başlangıcından (2005) itibaren her iki tarafta da Türkiye’nin üyeliğinin gerçekleşeceğine inanan vatandaşların sayısı azalmaktadır. Böyle bir atmosferde, Türkiye’de çeşitli gruplar tarafından AB üyeliğine çeşitli alternatifler önerilmektedir – örneğin Türk Birliği (Kafkasya ve Merkez Asya’daki Türkî Cumhuriyetler ile işbirliği), İslam Birliği (İslam ülkeleri ile ortak çalışma) ya da Avrasyacılık (Rusya, Çin, Hindistan ve İran gibi Asyalı ülkelerin ortak hareket etmesi). Bu makalede, öncelikle, zikredilen bu alternatifler açıklanacak; sonra, üç büyük Türk partisinin (Ak Parti, CHP ve MHP) ilgili tasarrufları aydınlatılacaktır. Makalenin temel tezi şu olacaktır: Formüle edilen / sözü edilmiş çeşitli AB

alternatiflerine rağmen, Türkiye, çok boyutlu bir dış politika izlemekte ve bu bağlamda AB üyeliğini baş opsiyon telakki etmektedir.

Anahtar Kelimeler: *Türkiye; AB; Üyelik; Türk Dış Politikası ve Partiler*

I. Einleitung

Obwohl die EU der Türkei 1999 den Status eines Beitrittskandidaten verlieh und 2005 die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet hat, ist die Integrationsfrage nicht nur auf EU-Ebene umstritten, sondern auch in der Türkei (Tocci, 2005: 71–81). Obschon die Mitgliedschaft als gemeinsames Ziel dieses Beitrittsprozesses festgelegt wurde, wurde dessen Ergebnis nicht von vornherein garantiert (Morelli, 2011). Auf beiden Seiten hört man mittlerweile – wenngleich aus verschiedenen Motivationen –, dass andere Optionen anstelle der türkischen EU-Mitgliedschaft erwogen werden sollten.

Andreas Schockenhoff, Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag, hebt hervor, dass die Türkei von strategischer Bedeutung für die EU, auch für Deutschland ist. Er lehnt eine Vollmitgliedschaft nicht ausdrücklich ab, rechnet aber mit einem Scheitern der Verhandlungen. „Deswegen müssen wir [die Europäer, I. E.] uns heute – zu einem Zeitpunkt, wo die Verhandlungen vor allem auf türkischer Seite nicht weiterkommen – Alternativen zu einem Beitritt überlegen. Denn auch wenn die Türkei am Ende des Tages nicht den gesamten Rechtsbestand der EU übernehmen will oder die Beitrittsbedingungen nicht erfüllen kann haben wir großes Interesse an einer engen Einbindung der Türkei in europäische Strukturen. Deshalb müssen wir uns Gedanken machen, wie das institutionell aussehen soll.“ (Zit. nach n-tv.de, 2010). Das ist die Situation auf EU-Seite.

In einigen Hauptstädten der EU-Mitglieder wird ferner behauptet, dass die Türkei außenpolitische Alternativen sucht (Larrabee/Lesser, 2003; Everts, 2004; Fuller, 2004: 51–64). Angesichts der harten Gegnerschaft eines Türkeibeitritts in manchen EU-Ländern lassen sich in jüngster Zeit nicht wenige Aussagen des türkischen Premierministers Recep Tayyip Erdoğan erfahren, „man hat uns an den Toren der EU für 50 Jahre warten lassen. Also soll die EU endlich für einen Beitritt entscheiden“ (Zit. nach Süddeutsche Zeitung, 2010). Hinzu kommt, dass die pro-europäische Stimmung innerhalb der Türkei drastisch gesunken hat (Ermagan, 2010: 399–418). Allerdings ist die Westorientierung eines der wichtigsten Merkmale der türkischen Außenpolitik. Die Gründer der türkischen Republik strebten an, die Türkei durch die Aufklärung der Gesellschaft und die Modernisierung des Staates zu einem Mitglied des westlichen Systems zu machen (Moser/Weithmann, 2002: 83 – 88). Obwohl die Türkei sich seit dem Jahr 1959 der EWG¹ bzw. EU beizutreten

¹ Kurz nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1958 stellte die Türkei im Jahr 1959 einen Antrag auf EWG-Mitgliedschaft. Im Jahr 1963 wurde das sogenannte „Ankara-Abkommen“ zwischen der EWG und der Türkei unterzeichnet.

bemüht, werden von unterschiedlichen Teilen der türkischen Bevölkerung bestimmte Alternativen zur EU-Mitgliedschaft konzipiert, z. B. die „Türkische Union“, die „Euro-Asiatische Allianz“ oder die „Islamische Union“. In diesem Artikel werden diese Alternativen und diesbezügliche Haltungen der türkischen Parteien expliziert und danach gefragt, in wie weit sie sich in der türkischen Außenpolitik widerspiegeln. Hierzu wird grundsätzlich argumentiert, dass die Türkei trotz erwähnter Alternativen fortfährt, eine multidimensionale, d. h. nicht ausschließlich auf eine stärkere Europabindung gerichtete Außenpolitik zu verfolgen, deren Hauptziel gleichwohl die EU-Mitgliedschaft ist.

Thematisch und strukturell gesehen wird mit der Kombination des Themenkomplexes dieser Studie eine Lücke in der politikwissenschaftlichen Literatur geschlossen. Hierzu werden zunächst 1) die Standpunkte der EU-skeptischen bzw.-gegnerischen Gruppierungen der türkischen Gesellschaft bezogen auf türkische Außenpolitik bzw. ihre Alternativen zur EU-Mitgliedschaft, sodann 2) diesbezügliche Positionen der drei großen Akteure in der türkischen Politik (AK Partei, CHP und MHP) und schließlich 3) die Sichtbarkeit der erläuterten Standpunkte und Positionen in der derzeitigen Außenpolitik der Türkei in einer Zusammenschau analysiert. Empirisch werden durch die Schilderung der Beziehungen zwischen den Akteuren der Mikro- und Makroebenen nicht nur der EU-Beitrittsprozess der Türkei, sondern auch die internationalen Machtpräferenzen der globalen Akteure erhellt. Theoretisch lässt sich die neue Orientierung in der Außenpolitik der Türkei neben den Prinzipien des Konstruktivismus auch auf die des Neo-Realismus hin erläutern. Bei dieser Untersuchung werden ebenfalls Internetquellen verwendet, um die Aussagen der einschlägigen Akteure bzw. die EU-skeptischen und -gegnerischen Einstellungen sowie gegebenenfalls die Haltung der Parteien anhand von Primärquellen kenntlich zu machen.

II. Mögliche Alternativen der Türkei zur EU-Mitgliedschaft laut EU-Skeptiker

Im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft existieren in der Türkei unterschiedliche Positionen: EU- Befürworter, -Skeptiker und -Gegner: Auf der einen Seite wird der EU-Beitritt begrüßt, denn die Türkei könnte sich durch die EU-Mitgliedschaft und ihre Kriterien in den politischen (inklusive außenpolitischen), demokratischen und ökonomischen Lebensbereichen für die „erste Liga“ der Welt qualifizieren. Auf der anderen Seite lassen sich EU-skeptische und EU-gegnerische Einstellungen feststellen: Die EU-Gegner betrachten das EU-Projekt für die Türkei als gefährlich, weshalb sie prinzipiell gegen den EU-Beitritt sind. Hier spielen die Furcht vor einem Verlust der Unabhängigkeit sowie vor Separatismus, Schwächung und Kontrolle des Landes durch die politischen Beitrittsvoraussetzungen der EU eine Rolle. Die EU-Skeptiker handeln mit geringeren Vorbehalten und sind nicht sicher, ob die Türkei von der EU akzeptiert würde. In solch einer Gemengelage sind einige EU-Skeptiker bzw. -Gegner in der Türkei ausgehend von dem Schlagwort „Die

Mitgliedschaft in der EU wird niemals möglich sein!“ auf der Suche nach einer Alternative zur EU-Mitgliedschaft. Die EU-Skepsis basiert vor allem auf folgenden zwei Fragen:

- i) Warum wartet die Türkei vor der Tür der EU, ohne Alternativen zu entwickeln?
- ii) Warum muss die Türkei unbedingt eine Alternative zum EU-Beitritt suchen, wenn die EU die Türkei nicht aufnehmen bzw. die Türkei der EU nicht beitreten wird?

Dazu wird von türkischen EU-Skeptikern ebenfalls behauptet, dass türkische und europäische EU-Anhänger absichtlich und besonders auf das vom Krieg erschöpfte Bagdad, das „talibanische“ Afghanistan oder den „fundamentalistischen“ Iran hinweisen würden, während die EU-Gegner Alternativen zur EU debattieren. Damit werde von EU-Anhängern angedeutet, man wolle keine Alternativen suchen (Manisalı, 2005: 52). Auch während die Schmerzen der Veränderungen im Land zunehmen, die durch die EU-Integration notwendig sind, könnten sich in der türkischen Öffentlichkeit folgende EU-skeptische bzw. -gegnerische Stimmen mehren (Kaleağası, 2004):

-Die EU ist für uns nicht die einzige Möglichkeit; lassen wir davon ab, werden wir zu einer „regionalen Macht“!

-Werden wir zum Führer der islamischen Welt!

-Wenden wir uns nach Kaukasien und Zentralasien!

-Schließen wir mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Israel Freihandelsverträge ab!

-Außer Europa bzw. der EU gibt es noch Asien (z. B. Russland und China).²

Im Rahmen dieser Diskussionen erscheint auch die Suche nach einer Alternative zur Vollmitgliedschaft, ohne sich ganz von Europa zu lösen, als eine Option:

-Es wäre besser, die Zollunion in einen „freien Handel“ umzuwandeln.

-Aus politischer Sicht ist es für die Türkei ausreichend, in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ein Mitspracherecht zu haben.

² Tuncer Kılınç, der ehemalige Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates (MGK), erklärt Folgendes: „Im 21. Jahrhundert werden sich außerhalb den USA neue Machtzentren wie vorrangig die EU und Russland, China, Indien und Japan bilden. Hierbei haben die Türkei und der Iran die Kapazitäten dazu, eine wichtige Rolle zu spielen. Deshalb muss die Frage diskutiert werden, mit welchem dieser Machtzentren die Türkei eine nützlichere Zusammenarbeit verwirklichen kann.“ Seiner Meinung nach führt der Weg der Türkei, sich von der Hegemonie des Westens zu befreien, über die Trennung von der NATO. So werde die Türkei Attraktivität für alle Machtzentren und vorrangig für Russland aufweisen (Kılınç, 2007).

-Die Globalisierung hat an Tempo zugelegt. Die Welthandelsorganisation (WTO) wird immer stärker. Darum wird die Türkei nicht in die Isolation getrieben, wenn sie außerhalb der EU bleibt.

In der Türkei werden von verschiedenen Gruppierungen folgende Modelle als Alternativen zur EU-Mitgliedschaft konzeptualisiert:

A. Türkische Union

Die „Türkische Union“ ist keine neue Idee, sie ist vielmehr ein Prozess, der zusammen mit dem Panturkismus/Turanismus im 19. Jahrhundert begonnen hat. Nach diesem Standpunkt könnten zahlreiche Turk-Staaten³ (oder Turkrepubliken) eine gemeinsame Union gründen. Die „Türkische Welt“ ist ein geografischer und kultureller Begriff, der für alle Turkvölker auf der Welt benutzt wird.⁴ Sie beansprucht, dass alle Gesellschaften, die Türkisch sprechen, gemeinsam politische sowie wirtschaftliche Entscheidungen treffen. Diesen Gedanken finden manche utopisch (Landau, 1995: 29–47). Für andere hingegen hat er ein kulturelles, historisches und geistiges Fundament. Manche Panturkisten behaupten, dass eine entsprechende internationale Organisation entstehen könne, falls nur eine wirtschaftliche Einheit zu bilden sei. Hierfür könne der Energiesektor entscheidend sein (List, 2004: 76-91). Statt eines einzigen Staates wird eine konföderative Struktur wie innerhalb der EU beabsichtigt. In einer solchen Vereinigung wird die Türkei nicht als ein Land definiert, das über die anderen dominiert, sondern als ein Land, das den anderen mit seinen Erfahrungen als Wegweiser dienen kann (Kut, 1994: 9–24).

Nach Meinung von Yalçıntaş, eines Akademikers und ehemaligen Politikers,

„sollte die Türkei, statt an der Pforte der EU zu warten, eine türkische Einheit gründen. Als Erstes sind sprachliche, wirtschaftliche und technologische Gemeinsamkeiten zu verstärken. [...] Bei den Beziehungen zum Ausland darf man nicht den Bezug zur Realität verlieren und Träumen nachjagen. Es ist ein Fehler, darauf zu warten, dass die EU uns aufnimmt. In dem Gebiet vom Adriatischen Meer bis zur Chinesischen Mauer gibt es

³ Gegenwärtig gibt es sechs turksprachige Staaten: die Türkei, Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Kirgisistan. Ferner ist die Türkische Republik Nordzyprien völkerrechtlich nicht anerkannt. Zudem existieren mehrere autonome Turkrepubliken und -regionen in der Russischen Föderation: Republik Altai, Baschkortostan, Tschuwaschien, Dagestan, Chakassien, Karatschai-Tscherkessien, Tatarstan, Tuwa und Sacha. Jede dieser autonomen Turkrepubliken hat ihre eigene Flagge, ein eigenes Parlament, eigene Gesetze und eine offizielle Staatssprache. Darüber hinaus befinden sich zwei autonome Regionen in China (Xinjiang, auch bekannt als „Ostturkestan“) und in Moldawien (Gagausien). Zu Verbreitungsgebieten ohne Autonomie gehören Gebiete im Iran, Nord-Irak, Georgien, Bulgarien, Griechenland, Mazedonien, Tadschikistan, Afghanistan und im Westen der Mongolei.

⁴ Siehe die offizielle Webseite der Türk Dünyası Araştırmaları Vakfı: <http://www.turan.org.tr/> (Zugriff: 11.12.2009).

sieben selbstständige Turkstaaten, und dieses Potenzial muss genutzt werden“ (Yalçıntaş, 2009).

Der Kolumnist Siddıkoğlu äußert sich in der nationalistischen Ortadoğu-Zeitung,⁵ dem Organ der MHP (Nationalistische Bewegungspartei, Milliyetçi Hareket Partisi), wie folgt:

„Die EU ist ein Hindernis für die türkische Union. [...]. Die Zukunft der Türkei ist nicht nur im Westen, sondern auch in Eurasien zu suchen. Die Schritte, die die Türkei sowohl bezüglich der Vereinigung der Turkstaaten als auch bei den Vereinigungen, die vorrangig mit islamischen Staaten, aber auch mit Staaten in Eurasien wie Russland, China, Japan, Iran, Georgien und den Turkstaaten gegründet werden, unternommen wird, sind unerlässlich. Vorrangig können die türkische Union, die ‚Vereinigten Turkstaaten‘ oder im größeren Sinne die ‚Eurasische Union‘ unsere Alternativen sein.“ (Siddıkoğlu, 2009).

Ali Özdemir, Kreisvorsitzender der MHP in Bağcılar, unterstreicht, dass die Ansichten, dass die Staaten, die die „Allianz der Turk-Staaten“ bilden, gemeinschaftlich handeln sollten, nicht als Populismus zu bewerten sind, und erklärt weiter:

„Warum sollte es in einer Welt, wo mehr als 200 Millionen Türken leben, keine ‚Türkische Union‘ geben? Die Turkstaaten können ihre kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte in einer solchen Union bündeln. Diese Union ist eine Formel, die viele Probleme wie Zypern, Ägäische Inseln, West-Thrakien, den sogenannten Völkermord an den Armeniern, Berg-Karabach, Süd-Aserbaidshan, Ost-Turkistan, Kirkuk und die PKK zum Vorteil des türkischen Volkes lösen kann. Sollen wir der Türkei entsprechend westlicher Politik die Rolle eines Schutzschildes gegen die russische Gefahr oder die Rolle des Bauern im Schachspiel, der innerhalb der Eurasischen Union, im Hinterhof Russlands, gegen den Westen eingesetzt wird, zuordnen? Die Türkische Union, deren Gebiet sich von Zentralasien bis nach Europa erstreckt, wird in dieser Region ein Gleichgewicht zu den anderen Mächten herstellen und einen Beitrag zum Weltfrieden leisten. Die Errungenschaften der Union werden auch bei der Lösung ähnlicher innerer Probleme der Mitglieder eine wichtige Rolle spielen. Somit könnten z. B. die hohe Arbeitslosigkeit reduziert und der Bildungsstand erhöht werden. Auf dem Gebiet von Industrie und Technologie werden Fortschritte erzielt, denn wertvolle unterirdische Quellen wie Energie, Erdgas u. Ä. sind in diesen Ländern ausreichend vorhanden. Somit kann die Auslandsverschuldung getilgt werden, und man

⁵ Ortadoğu (= „Naher Osten“) ist erstmals am 3. Mai 1972 erschienen. Die tägliche Auflage beträgt derzeit etwa 12 000 Exemplare. Vgl. Medyatava: 18.04.2011 - 24.04.2011 tarihleri arasında gazete satış raporu. Internet: <http://www.medyatava.com/tiraj.asp> (Zugriff: 17.01.2010).

wird sich vom Druck und dem Diktat des Internationaler Währungsfonds (IWF) und des Auslands befreien können.“⁶

Remzi Çayır, Vize-Vorsitzender der islamisch-nationalistischen⁷ Partei der Großen Einheit (BBP), ist der Meinung, dass

„die Türkei bislang nicht realisiert hat, in Kaukasien, auf dem Balkan und im Nahen Osten die gewünschte Außenpolitik durchzusetzen. Die EU-Staaten haben eine Union gegründet, um sich aus einem dunklen Zeitalter zu befreien. Wir bemühen uns seit 50 Jahren darum, dieser Union beizutreten. Sie wollen uns aber immer noch nicht aufnehmen. Wenn wir an die Macht gelangen, werden wir als eine Alternative zur EU eine ‚Türkisch-Islamische Union‘ gründen, die die Turkrepubliken und die Länder des Nahen Ostens in sich vereinigen wird.“ (Zit. nach Haber⁷, 2008).

B. Euro-Asiatische Allianz

Nach diesem Konzept ist die Türkei sowohl kulturell als auch geografisch ein asiatisches Land. Beim Verfolgen einer globalen Politik solle die Türkei daher, statt mit den USA und der EU, im Einklang mit anderen asiatischen Staaten wie dem Iran, Indien und China sowie vorrangig mit Russland handeln. Es befähige die Türkei, bei wirtschaftlichen, politischen und die Sicherheit betreffenden Angelegenheiten auch eine ausgleichende Politik zu betreiben, die gegen vom Westen ausgehende Bedrohungen der Türkei als Selbstschutz dienen könne. Daneben würde die Übernahme einer zentralen Rolle der Türkei innerhalb des Nahen Ostens im globalen Maßstab keine großen Vorteile bringen. Und es sei beinahe unmöglich, dass die Türkei innerhalb von Europa eine ernstzunehmende Position erhalten könne. Demnach sei der rationale Weg für die Türkei Eurasien (İlhan, 2005: 171–214; Aygün, 2006: 48–92).

Atilla İlhan, Kolumnist der kemalistischen Zeitung Cumhuriyet, wird als Begründer des türkischen Eurasianismus angenommen (İmanov, 2008: 45–57). Zudem gilt die Rede von Generaloberst Tuncer Kılınc, ehemaliger Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates (MGK), (2002) als Meilenstein des türkischen Eurasianismus:

„Es ist eine absolute Notwendigkeit, dass die Türkei sich nach Alternativen [zur EU, I. E.] umsieht. Ich denke, dass die beste Methode dafür so aussieht, dass gemeinsam mit der Russischen Föderation, ohne die USA außer Acht zu lassen, und, wenn möglich, den Iran miteinschließend, nach einer Alternative gesucht wird. Die Türkei hat noch nie Hilfe von der EU erhalten. Die EU hat gegenüber den

⁶ Interview des Autors mit Ali Özdemir, Istanbul, 2008.

⁷ Hier ist zu beachten, dass Adjektive wie „islamistisch“, „nationalistisch“ oder „linksnationalistisch“ auch ein Risiko der unzulässigen Verallgemeinerung enthalten mögen. Im vorliegenden Text wird mit ihnen auf die Tendenzen innerhalb der Institution wie Parteien und Zeitungen hingewiesen.

Problemen, die die Türkei betreffen, eine negative Einstellung.“ (Zit. nach Gürçen, 2002).

Der Eurasianismus wird auch in Russland diskutiert (Dugin, 2003: 13–41): Er ist eine Strömung, die zum ersten Mal nach der Oktoberrevolution (1917) auftrat und gegen die Westausrichtung Russlands gerichtet war. Nach dem Ende des Kalten Krieges (1991) wurde diese Strömung als Reaktion gegen die Atlantiker⁸ wiedergeboren. Heute wird diese Bewegung von Alexander Dugin⁹ und seiner Eurasischen Partei angeführt. Nach Dugin ist die russische Kultur keine europäische Kultur, sondern eine eigenständige Zivilisation, die sowohl Eigenschaften von westlichen als auch von östlichen Kulturen besitzt. An dieser Stelle argumentiert er auf folgende Weise: Die materialistische Kultur des Westens produziere eine Politik, die im Grunde der Menschheit schade. Sie versuche, den Ländern eine einheitliche Ideologie vorzuschreiben, ohne auf die geografischen und kulturellen Auswirkungen zu achten. Die Herrschaft der USA sei nicht zu akzeptieren. Die EU, die mit den USA imperialistisch zusammenarbeite, werde dabei Schaden erleiden. Die Grundsätze des Liberalismus (z. B. Menschenrechte und Freiheit) und die Ideologie der Globalisierung, die als Mittel dafür benutzt würden, um die Herrschaft des Westens auf die ganze Welt auszubreiten, seien die grundlegenden Feinde des Eurasianismus. Als Alternative zur westlichen „unmenschlichen“ Globalisierung wird keine Abkapselung, sondern eine „gerechte Globalisierung“ vorgeschlagen (Dugin, 2003: 83–97). Die Vertreter der Atlantiker, die behaupten, dass „das Ende der Geschichte“ (Fukuyama, 1992) gekommen sei, hätten sich geirrt. Überdies wird anstelle der einpoligen „neuen Weltordnung“, die nichts außer Kriegen, Besetzungen und Armut produziere, eine mehrpolige, ausbalancierte Welt versprochen. Diesbezüglich habe der Eurasianismus die Absicht, alle Widerstandsbewegungen gegenüber der amerikanischen Hegemonie zu unterstützen. In dieser Hinsicht seien die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran, Moskau und Ankara sowie Moskau und Neu Delhi sowie internationale Organisationen wie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit¹⁰ und die Schwarzmeer-

⁸ Der Begriff „Atlantiker“ leitet sich ab von den transatlantischen Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA. Atlantiker treten für eine enge Kooperation zwischen den USA und den EU-Staaten ein, gerade in Fragen der Außenpolitik, um gemeinsame langfristige Interessen zu wahren. Sie befürworten besonders die folgenden Werte: freie Marktwirtschaft, Liberalismus und Demokratie.

⁹ Dugin ist ein nationalistischer Politiker, Politologe und Traditionalist. Er propagiert das geopolitische Konzept eines „Neo-Eurasismus“ auf der Basis eines in Opposition zu den USA stehenden großrussischen Reiches (Sedgwick, 2004: 221–240).

¹⁰ Siehe offizielle Website <http://www.sectso.org/EN/> (Zugriff: 09.4.2011). Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) ist eine internationale Organisation mit Sitz in Peking. Mitglieder sind die Volksrepublik China, Russland, Usbekistan,

Wirtschaftskooperation¹¹ die wichtigsten Pfeiler, um die Herrschaft des Westens zu brechen. Gemäß dem Eurasianismus seien die Traditionen und regionalen kulturellen Werte, die der Westen zu zerstören versuche, zu schützen. Im Rahmen des Eurasianismus wird eine Türkei, die die Ideologie des Kemalismus aufrechterhält, vorgezogen (Bulut, 2005: 189–231; Dugin, 2007: 88–109).

Nach Dugins Auffassung manipulieren „atlantische, angelsächsische Geopolitiker“ die islamische Welt und setzen eine „Islam-gegen-den-Islam-Strategie“ ein. Somit werde einerseits die islamische Welt destabilisiert, und andererseits werde auf diesem Weg die Politik der Atlantiker der ganzen Welt gegenüber – vorrangig dem Westen – legalisiert. Demnach sät der Westen mit dieser Strategie Zwietracht zwischen Russland und der islamischen Welt. Allerdings schrecke Dugin nicht davor zurück, Russland eine ähnliche Strategie vorzuschlagen. In diesem Sinne formuliert er vier Ausrichtungen islamischer Geopolitik: Für diejenigen, die auf der Seite der Atlantiker stehen, sind es: 1) der türkische Islam mit seinem aufklärerischen, laizistisch-liberalen und kulturell-volksbezogenen Charakter und 2) die radikale saudische Wahhabiya,¹² die keine moralisch angemessenen Werte besitzt und in das kapitalistische Marktsystem eingegliedert ist. Für diejenigen, die sich auf der Seite des Eurasianismus positionieren, nennt er: 1) die radikale Schia,¹³ die gegen die USA gerichtet ist, und 2) den islamischen Sozialismus, der sich an den panarabischen Nationalismus¹⁴ anlehnt. Nach Dugin kann der Eurasianismus-

Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Die SOZ vertritt rund ein Viertel der Weltbevölkerung und ist damit die größte Regionalorganisation (Fels, 2009: 15–24).

¹¹ Siehe offizielle Website <http://www.bsec-organization.org/Pages/homepage.aspx> (Zugriff: 02.02.2011). Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (SMWK) ist eine regionale Wirtschaftsorganisation. Sie wurde 1992 in Istanbul gegründet. Mitglieder sind Russland, die Türkei, die Ukraine, Bulgarien, Georgien, Rumänien, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Griechenland, Moldawien und Serbien. Die SMWK umschließt eine Bevölkerung von ca. 300 Millionen. Im Jahr 2007 geriet die SMWK in den Fokus der neuen europäischen Nachbarschaftspolitik im Osten (Nureş, 2002).

¹² Wahhabiya ist eine rigide und dogmatische Richtung des sunnitischen Islam. Der Wahhabismus/Salafismus lehnt den Sufismus und die islamische Theologie ab und wendet sich strikt gegen viele Formen des Volksglaubens, etwa die Verehrung von Heiligen oder die jährliche Feier des Geburtstags des Propheten (Heim, 2004: 1262–1269; Unger, 2005).

¹³ Die Schia ist die zweitgrößte Konfession des Islam. Die Anhänger der Schia, die als Schiiten bezeichnet werden, betrachten Ali Ibn Abi Talip, den Schwiegersohn und Vetter des Propheten Mohammed, als dessen designierten Nachfolger, jedoch politisch und nicht religiös betrachtet, und als ihren ersten Imam. Die Schia unterscheidet sich heute in Teilen von sunnitischem Recht. Heute stellen die Schiiten ca. 15 % der Muslime (Halm, 2005).

¹⁴ Mit „Arabischem Nationalismus“ oder auch „Panarabismus“ bezeichnet man eine nationalistische Bewegung, die die arabische Kultur, im Sinne von gemeinsamer Sprache und Kultur, d. h. alle Araber vom Atlantik bis zum Persischen Golf in einem

Block nur dann überleben, wenn die potenzielle Atlantik-Gegnerschaft der islamischen Welt in eine eurasische Allianz umgewandelt wird (Halbach, 2002: 36-42).

Zwischen den Modellen „Türkische Union“ und „Euro-Asiatische Allianz“ besteht eine widersprüchliche Situation: „Der Pan-Turkismus ist der Gegensatz zum eurasischen Gedanken, in dessen Zentrum sich Russland befindet.“ (Olcay, 2001: 373–380). Darin wird von türkischen (auch russischen) Nationalisten behauptet, die Türkei besitze in Verbindung mit der eurasischen Geopolitik mindestens so viel Potenzial wie Russland (Öniş, 2001: 66–74). Russland wolle die Leitung dieses Projekts übernehmen und versuche deshalb, eine Türkei, die „amerikanisch und pan-turkistisch“ eingestellt ist, unter Kontrolle zu halten. Die Türkei verfügt bezüglich ihrer Außenpolitik über eine langjährige Zusammenarbeit mit den USA, die mit dem Marshall-Plan (1947) begonnen hat. Außerdem wird das Potenzial der Türkei, mit den Turkvölkern auf dem Gebiet Eurasiens eine gemeinsame Politik zu entwickeln, von den Vertretern des russischen Eurasianismus als großes Risiko angesehen. In der Vergangenheit gäbe es außerdem einen russischen Eurasianismus mit einer traditionellen Sympathie gegenüber den Türken (Türkophilie), der eine „slawisch-turanische Zusammenarbeit“ vorgeschlagen hat.¹⁵ Jedoch sei dies mit einer Türkei, die mit den USA verbündet ist, nicht zu realisieren (İmanov, 2008: 65–87).

Dazu unterstreichen Vertreter des russischen Eurasianismus Folgendes: In einer solchen Konstellation müsse Russland eine gemeinsame Politik mit dem Iran entwickeln. Daher unterstützen sie die Errichtung eines Einflussgebiets durch den Iran (Pax Persica), das über Tadschikistan, Afghanistan und Pakistan bis nach Zentralasien reicht. Somit könnten die soziokulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen der Türkei mit Ländern wie Turkmenistan, Kirgisistan und Usbekistan, die auf einer mehrheitlich panturkistischen Linie beruhen, unterbrochen werden, und Russland könne sich über Kasachstan in diesem Gebiet effektiv ausbreiten. Kaukasien sei das schwächste Glied in der Kette der Eurasischen Allianz. Denn in der Region werde zwischen Russland und dem Iran sowie der Türkei der Kampf „Atlantiker gegen Eurasianismus“ (d. h. USA gegen Russland) am heftigsten ausgetragen. Dugin sieht es als obligatorisch an, dass die drei Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), nämlich Aserbaidshan, Georgien und Armenien, auf einen pro Moskau eingestellten Kurs gebracht werden. Deswegen glaubt er daran, dass sich insbesondere die ersten beiden der

gemeinsamen Nationalstaat vereinen will, anstatt der heutigen vielen arabischen Staaten (Tibi, 2001).

¹⁵ Die ersten Theoretiker des russischen Eurasianismus behaupteten, dass sich im Charakter des russischen Volkes starke Züge finden lassen, die an Türken, Tataren und andere Asiaten erinnern (İmanov, 2008: 7–15).

genannten Staaten mit dem Iran gegen die Türkei vereinigen müssen (Oktav, 2005: 17–33).

Problematisch für die türkischen Anhänger des Eurasianismus sind ferner die folgenden Standpunkte Dugins: Um die Rolle der Türkei im Kaukasus und in Zentralasien zum Vorteil sowohl Russlands als auch Irans auszuschalten, sollen, falls notwendig, 1) die kurdische Minderheit in der Türkei aufgewiegelt, 2) die „armenische Sache“¹⁶ unterstützt und 3) die fanatischen Fundamentalisten in der Türkei, die mit dem Iran sympathisieren, aktiviert werden. Türkische Anhänger des Eurasianismus betonen, diese Einstellungen müssten sich ändern, da die Türkei andernfalls noch stärker proamerikanisch werde, und deshalb sei es wichtig, eine gemeinsame Politik zu entwickeln (Akgül, 2009: 178–212).

Die Anhänger des Eurasianismus in der Türkei teilen sich in mehrere Fraktionen auf: linkssozialistisch, kemalistisch, neo-osmanistisch und türkisch-nationalistisch. Der Gedanke an eine „Euro-Asiatische Allianz“ weckt in der Türkei Interesse im Umkreis der Arbeiterpartei, bei einigen kemalistischen Bürokraten und teilweise bei den islamischen bzw. islamistischen Kreisen, z. B. der Milli Görüş-Bewegung (MGB). Diese Kreise (İlhan, 2005: 209–214) behaupten, der Westen befinde sich auf dem Weg in den Untergang, und der eurasische Standpunkt werde im Verlauf des 21. Jahrhunderts in der Türkei und in der östlichen Welt eine viel wirkungsvollere Position erreichen. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass sowohl in Russland als auch in der Türkei unter dem Begriff des Eurasianismus viele verschiedene Ansichten, die zum großen Teil widersprüchlich sind, vertreten werden.

Doğu Perinçek, Vorsitzender der türkischen Arbeiterpartei, der für seine EU-gegnerischen Ansichten bekannt ist, schlägt eine „Asiatische Burg“ vor, die von der Türkei, Russland, China, Indien und den Republiken Zentralasiens zu gestalten ist. Nach ihm ist

„der Eurasianismus nicht bloß eine einfache außenpolitische Alternative, sondern mit all seinen Dimensionen eine revolutionäre Alternative. Es ist keine List, mit Russland und China der Bedrohung der USA entgegenzuwirken, so, wie es das geschwächte Osmanische Reich im 19. Jahrhundert versucht hat, die großen Mächte gegeneinander auszuspielen. Die Türkei muss zuerst ein Programm erstellen und sich ein Ziel setzen! Dieses Ziel war zu Zeiten Atatürks, eine auf das Interesse des Volkes gerichtete, etatistische, aufgeklärte und revolutionäre Gesellschaft zu gründen. Mit dem Beitritt zur NATO hat die Türkei dieses Programm verlassen und steht jetzt vor dem Zusammenbruch! [...]. Wo sollen wir uns im globalen Maßstab platzieren, um die kemalistische Revolution zu vervollständigen? Werden wir zusammen mit dem westlichen Imperialismus untergehen? Die Eurasien-Alternative ist die verneinende

¹⁶ Hier ist die Völkermordsfrage an den Armeniern gemeint.

Antwort auf diese Frage. Wir werden uns unter den aufstrebenden Zivilisationen des 21. Jahrhunderts wie Brasilien, China, Indien, Russland, Vietnam und Venezuela befinden und sogar einer der Vorreiter sein. Die zeitgenössische Türkei kann nur in Eurasien existieren.“ (Perinçek, 2009).

C. Islamische Union

Hier wird unterstrichen, dass die Türkei allein infolge ihrer islamischen Eigenschaften nicht in die EU aufgenommen wird (Gürbey, 1997: 125–139): Es dürfe für die Türkei keine angemessene Außenpolitik sein, seit einem halben Jahrhundert an die Tür der EU zu klopfen. Auch wenn sie aufgenommen werden sollte, werde es sich um keine Vollmitgliedschaft handeln. Zudem werde die Türkei sich nicht davon befreien können, als „die Anderen“ angesehen zu werden. Als das ungewöhnlichste und entfernteste Mitglied (das südöstliche „Ende“ der EU) habe sie von einer EU-Integration keinerlei Vorteile. Dabei habe sie mit den Erfahrungen aus ihrer osmanischen Vergangenheit das Potenzial, um der Führer der heutigen islamischen Welt zu sein. Darin bestehe die Rettung der Türkei. Im Grunde sei die Türkei schon bei ihrer Gründung von den westlich orientierten Staatseliten unter der Führung Mustafa Kemals auf einen falschen Weg geführt worden. Dadurch sei die Bindung der Türkei an die islamischen Staaten zerschnitten worden. Somit habe die Türkei in ihrer Außenpolitik die globale Vision verloren. Hierbei sei auch der Umstand relevant, dass sich manche islamischen Völker (z. B. Araber), die unter der osmanischen Herrschaft lebten, durch den Einfluss des Westens, nämlich der Engländer und Franzosen, gegen die Osmanen erhoben hätten. Die islamische Welt müsse endlich aus ihrem Schlaf erwachen und, wenn auch verspätet, ihre eigene Allianz gründen. Dieses Thema wird in der islamistischen *Milli Gazete*¹⁷ (Nationale Zeitung), dem Organ der Milli Görüş-Bewegung (MGB), unter der Überschrift: „Der Platz der Türkei ist nicht die EU, sondern die islamische Union“, wie folgt behandelt:

„Mit dem Beginn der Verhandlungen wurde ersichtlich, dass die Türkei nicht in die EU aufgenommen wird, was auch immer sie anstellt. [...]. So, wie die Besetzung des Irak von Bush als ein neuer Kreuzzug bezeichnet wurde, gab es auch viele europäische Führer und Leiter, die die EU als eine christliche Gemeinschaft bezeichnet haben. [...]. Das ist keine bloße Vermutung unsererseits, sondern die Aussage der Gründer dieser Union. Wenn dem so ist und die Europäer das Recht haben, eine christliche Union zu gründen, dann ist es auch möglich, dass die islamische Welt unter ihresgleichen eine Union gründet. Diese Union wird den Boden dafür vorbereiten, dass islamische Länder, als gleichberechtigte Partner, gegen imperialistische westliche Mächte

¹⁷ Die *Milli Gazete* begann im Jahre 1972 zu publizieren. Ihre aktuelle Auflage beträgt ca. 55 000. Vgl. *Medyatava*: 18.04.2011 - 24.04.2011 tarihleri arasında gazete satış raporu. Internet: <http://www.medyatava.com/tiraj.asp> (Zugriff: 17.01.2010).

gemeinsame Handlungen unternehmen. Dadurch wird die Türkei sich auch von der fixen Idee – unbedingt ein EU-Mitglied zu werden – befreien.“ (Milli Gazete, 2009).

Die Partei der Glückseligkeit (Saadet Partisi, SP), die politische Vertreterin der MGB, fordert, dass sich die Türkei vom Westen ab- und den islamischen Ländern zuwendet. Denn die Mitgliedschaft in der EU bedeute die Fortsetzung der Ausbeutung, die das Osmanische Reich zerstört habe. Ferner führe jede Annäherung an die EU zur kulturellen sowie religiösen Entfremdung. „Der politischen Zusammenarbeit mit der EG [bzw. der EU, I. E.] und der UNO will Erbakan [Führer der MGB, I. E.] eine Vereinigung der islamischen Länder entgegensetzen und als Alternative zur NATO einen Pakt zur Verteidigung der islamischen Länder schließen.“ (Sarıbay, 1989): 266). Hierzu wurde von Erbakan¹⁸ im Jahr 1997 in Istanbul eine Organisation mit dem Namen D-8 (Developing-8) gegründet. Mitglieder dieser Organisation für wirtschaftliche Kooperation sind Ägypten, Bangladesch, Indonesien, der Iran, Malaysia, Nigeria, Pakistan und die Türkei.¹⁹ Für die MGB sei die Gründung der D-8 ausschließlich unter islamischen Ländern ein großer Schritt zur Etablierung eines islamischen Marktes und solle daher unbedingt vorangetrieben werden. Im Programm der MGB wird hervorgehoben, dass ein System namens Adil Düzen („Gerechte Ordnung“) gegründet werden müsse, das eine gerechte politische, moralische und wirtschaftliche Ordnung anstrebe. Gleichzeitig schätzt die MGB die Westausrichtung der Türkei als Grund für Korruption, Betrug, soziale und ökonomische Ungleichheit sowie Ungerechtigkeit ein. In diesem Punkt ist Temel Karamollaoğlu, Vize-Vorsitzender der SP, folgender Meinung:

„Die Türkei ist mit ihrem Glauben, ihrer Kultur und historischen Vergangenheit Teil einer anderen, nämlich islamischen Zivilisation. Aus diesem Grund muss die Türkei die D-8, mit denen wir eine gemeinsame Kultur und Zivilisation besitzen, zu vermehrter Aktivität anregen und auf diesem Weg mit der EU beständige Bündnisse, die auf gemeinsamen Interessen beruhen, herstellen. Gleichzeitig muss die Türkei innerhalb der Organisation der Islamischen Konferenz eine aktivere Rolle spielen. Wir müssen sogar noch weiter gehen und ausdrücken, dass die Türkei innerhalb einer Organisation ihren Platz einnehmen und sogar die Führung in dieser Organisation übernehmen muss, die sich gegen Ausbeutung, Unterdrückung sowie Ungerechtigkeit stellt und die Rechte der unterdrückten und ausgebeuteten Länder beschützt.“ (Karamollaoğlu, 2010: 107).

¹⁸ Er war damals der Ministerpräsident der Türkei.

¹⁹ “The objectives of D-8 Organization for Economic Cooperation are to improve member states' position in the global economy, diversify and create new opportunities in trade relations, enhance participation in decision-making at international level, and improve standards of living.” Siehe die offizielle Seite der D-8: Brief History. Internet: <http://www.developing8.org/about-d-8/brief-history/> (Zugriff: 07.12.2010).

III. Positionen der türkischen Parteien AK Parti, CHP und MHP bezüglich der dargestellten Alternativen

Die Frage, wie sich die türkischen Parteien in Bezug auf die erklärten Alternativen der EU-skeptischen bzw. -gegnerischen Gruppierungen verhalten, ist im Zuge der EU-Türkei-Beziehungen von großer Bedeutung. Derzeit gibt es im türkischen Parlament drei große Parteien: die konservativ-demokratische Regierungspartei AKP (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung, Adalet ve Kalkınma Partisi), die kemalistisch-sozialdemokratische CHP (Republikanische Volkspartei, Cumhuriyet Halk Partisi) und die Nationalistische Bewegungspartei (MHP, Milliyetçi Hareket Partisi).

Gleich ob es um eine türkische, euroasiatische oder islamische Vereinigung geht, bekunden die Regierungspartei AKP und die Oppositionsparteien CHP und MHP, die EU-Mitgliedschaft sei eines der wichtigsten Ziele der Außenpolitik des türkischen Staates. Der Ex-CHP-Vorsitzende Baykal erklärte dazu, dass es für ein politisches Integrationsmodell – abgesehen von der EU – keine realistische Option gebe (Radikal, 2002). Jedoch solle das die Türkei nicht daran hindern, sich über mögliche andere Kooperationen Gedanken zu machen bzw. dahingehend zu handeln. Bezüglich ihrer Werte sei die Türkei auf die westliche Zivilisation ausgerichtet. Außerdem sei die Türkei ein wichtiger Akteur in ihrer Region, die gleichzeitig zum Balkan, dem Mittelmeer, dem Kaukasus, Zentralasien, dem Schwarzen Meer sowie dem Nahen und Mittleren Osten gehöre und zu diesen Regionen produktive wirtschaftliche Bindungen aufrechterhalten bzw. neue begründen solle.²⁰ Dadurch sei die Türkei auch für die EU von großer Bedeutung, was Sicherheit, Grenzverwaltung, Terrorismusbekämpfung, Energietransport und Handel in dieser Großregion angehe. Zudem sei die Türkei mit einer demokratischen und laizistischen Staatsform das einzige Land in diesem Raum, das eine zuverlässige, am Westen orientierte Außenpolitik betreibe (Cumhuriyet Halk Partisi, 2011: 124–135).

Gemäß der MHP bietet die geostrategische Position der Türkei eine Gelegenheit, auf internationaler und regionaler Ebene weitere Kooperationen zu bilden. Falls die Türkei von der EU abgelehnt werde, sei in erster Linie denkbar, kulturelle, historische, sprachliche und wirtschaftliche Beziehungen mit den Turkstaaten weiterzuentwickeln.²¹ Şandır unterstreicht daher, dass neue Strategien und Aktionen als eventuelle Alternativen in der Außenpolitik der Türkei nicht zu unterschätzen seien (Şandır, 2002). Russland und China seien zwei einflussreiche Akteure in der internationalen Politik, und deshalb sollte die Türkei sie – besonders im Falle türkeigegnerischer Tendenzen des Westens (USA und EU) – als einen strategischen Partner betrachten. Aber diese beiden

²⁰ Interview des Autors mit Onur Öymen, dem Ex-Vizepräsidenten der CHP, Istanbul, 2006.

²¹ Interview des Autors mit Faruk Bal, dem Vizepräsidenten der MHP, Ankara, 2005.

Länder würden – infolge der Existenz von Turkvölkern in ihren Ländern – auch gegen die Aktivitäten um eine starke „Allianz der Turkvölker“ handeln. In einer solchen internationalen Konjunktur seien die USA gegenüber einer möglicherweise von Russland ausgehenden Gefahr als das geringere Übel einzuschätzen (Milliyetçi Hareket Partisi, 2007: 113–121).

Obwohl die AKP sich um das Ziel der EU-Integration der Türkei bemüht, erläutert sie zugleich, dass die EU nicht die einzige Möglichkeit einer Kooperation für die Türkei sei bzw. sein müsse. Stattdessen befürwortet die AKP die Verfolgung einer „Kombination alternativer Vorstellungen“ bezüglich der EU-Mitgliedschaft für das Interesse der Türkei (Adalet ve Kalkınma Partisi, 2011). Die EU-Haltung bzw. die Außenpolitik der AKP wird aber in manchen EU-Staaten insofern kritisiert, als die durch die AKP regierte Türkei sich von Europa abwende und zur islamischen Welt neige (Souchak, 2009). Laut der AKP soll die Türkei neben der EU mit den USA, Russland und China (mehrheitlich global) sowie mit dem Nahen und Mittleren Osten, den Turkstaaten, den Balkanländern und islamischen Ländern (z. B. im Rahmen des D-8-Projekts) (mehrheitlich regional) agieren. Zudem sei die Türkei ein ergänzender Part der EU-Politik auf dem Balkan, am Schwarzen Meer, im Kaukasus, in Zentralasien, im Nahen Osten und im östlichen Mittelmeer. Wenn die EU sich diese geostrategische Bedeutung der Türkei zunutze mache, könne die EU eine kritische Größe erhalten bzw. eine Weltmacht werden. Während die USA in der Türkei vor allem eine Bereicherung sähen, sei ein Teil der EU-Mitglieder türkeiskeptisch entgegen ihren eigenen Interessen.²²

IV. Fazit: Alternativen und Außenpolitik der Türkei – neue Ausrichtung?

Kurz gesagt steht der Außenminister Ahmet Davutoğlu für eine Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik. Deren Prinzipien sind „keinerlei Probleme mehr mit den Nachbarn“ und die Annahme, dass „die Türkei eine regionale Verantwortung besitzt, die aus ihrer Geschichte und geographischen Lage resultiert.“ (Davutoğlu, 2001: 24-41). Hinzu kommt „die Ausgestaltung einer multidimensionalen Außenpolitik unter Nutzung der geografischen Mittellage der Türkei. Angesichts der regionalen und internationalen Entwicklungen hin zu einer multipolaren Weltordnung müsse die Türkei ihre statische und auf transatlantische Parameter ausgerichtete Außenpolitik zugunsten eines mehrdimensionalen Ansatzes aufgeben. Davutoğlu befürwortete eine enge Kooperation mit Russland im Kaspischen Raum, eine weiterhin enge und strategische Anbindung an die EU und USA sowie eine Zusammenarbeit mit den nächstgelegenen Nachbarstaaten auf der Basis nationaler Interessen.“ (Öztürk, 2009: 15).

²² Interview des Autors mit Suat Kınıklıoğlu, dem Vizepräsident für auswärtige Angelegenheiten der AKP, Ankara, 2008.

Die Frage „Inwieweit sind die dargelegten Alternativmodelle zum EU-Beitritt in der türkischen Realpolitik sichtbar?“ lässt sich wie folgt beantworten: Obwohl diese Ideen nicht als offizielle Politik des Staates in der Türkei akzeptiert worden sind (Aydin, 2003: 139–160), haben sie großen Einfluss auf manche Kreise.

Hinsichtlich einer „Türkischen Union“ ist die Hauptmotivation für die Außenpolitik der Türkei eine kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit, nicht eine politische Einigung. Denn eine panturkistische „Türkische Welt“ wird in der heutigen Konjunktur als unmöglich betrachtet.

Im Hinblick auf die „Euro-Asiatische Allianz“ kann sicher von einer engen Zusammenarbeit zwischen Russland und der Türkei gesprochen werden. Wie die Türkei verfolgt auch Russland seit den letzten Jahren eine sehr aktive Außenpolitik. Dafür konzentriert Russland sich darauf, „der andauernden NATO-Einkreisungspolitik durch Washington zu begegnen, und zwar mit oft sehr cleveren diplomatischen Initiativen an der Peripherie Eurasiens. Moskau nutzt jetzt die abgekühlten Beziehungen zwischen Washington und dessen langjährigem NATO-Verbündeten Türkei aus. [...] Die Regierung von Premierminister Recep Erdoğan hat sich zunehmend ungeduldig über Washingtons Politik im Mittleren Osten gezeigt, aber auch über die Weigerung der EU, die Bewerbung der Türkei um eine Mitgliedschaft in der EU ernsthaft in Erwägung zu ziehen. In dieser Lage ist es nur natürlich, dass die Türkei sich nach einem Gegengewicht zu dem seit den Tagen des Kalten Kriegs übermächtigen Einfluss der USA auf die türkische Politik umsieht. Russlands Premierminister Putin und Staatspräsident Medwedew haben überhaupt kein Problem damit, einen solchen Dialog zu führen, und das gefällt Washington überhaupt nicht.“ (Engdahl, 2009). Bei dem Türkei-Besuch Medwedews im Mai 2010 wurden mehr als 20 Abkommen über eine bessere Zusammenarbeit zwischen Russland und der Türkei unterzeichnet – und zwar in den Bereichen Energie, Tourismus, Landwirtschaft, Transport sowie im Kampf gegen den Terrorismus. Dabei ist der Beschluss über die Abschaffung der Visapflicht von großer Bedeutung. Das könnte die Zahl russischer Touristen mehr als verdoppeln (Medwedew, 2010). Auf dem Energiesektor²³ geht es ferner um die Errichtung des ersten Kernkraftwerkes in der Türkei. Somit wird Russland das erste Atomkraftwerk in einem NATO-Land aufbauen.

Hinsichtlich der „Islamischen Union“ ist die Weiterentwicklung des „D-8 Projekts“ zu unterstreichen. Im Jahr 2009 hat die türkische AKP-Regierung dieses Konzept stärker realisiert. In diesem Zusammenhang ist das vorrangige Ziel der multidimensionalen Außenpolitik der Türkei eine

²³ Russland ist einer der größten Energieproduzenten der Welt, und die Türkei gilt im Hinblick auf ihre geostrategische Lage als ein bedeutsames Land mit Brückenfunktion. Pipelines führen über türkische Territorien nach Europa und zahlreiche werden noch geplant, darunter auch das Nabucco-Projekt.

wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den bedeutenden islamischen Ländern. Dadurch wird außerdem beabsichtigt, eine islamische Solidarität in der globalen Politik zu stärken und die Kooperation der Mitgliedstaaten auf sozialem und kulturellem Gebiet zu fördern (EurAktiv, 2009). Ferner ist es ein Anliegen der Türkei, die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie zu zeigen. Damit wäre sie ebenfalls ein Modell für viele andere islamische Länder, die noch nach ihrer richtigen Regierungsform suchen (Altunışık, 2005: 45–63).

Insgesamt lässt sich in der Außenpolitik der Türkei seit 2000 und besonders seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre jedoch zunehmend die Intention erkennen, nicht nur mit den Turkstaaten im Kaukasus und in Zentralasien, sondern auch mit den islamischen Ländern, den Balkan-Staaten und Ländern wie Russland und Iran engere Beziehungen zu entwickeln (Mielke, 2007; Makovsky, 1999: 92–113). Welches Ziel verfolgt die Türkei mit diesem Handeln? Die Türkei versucht damit, ihre strategische Bedeutung auf der regionalen sowie globalen Ebene zu verstärken. Nur „solch eine außenpolitische“ Verstärkung sei eine Lösung für die Türkei, um die türkeiskeptischen Teile in den EU-Ländern zu überzeugen, meint die türkische AKP-Regierung (Ayata, 2004: 243–279). Dies bezeichnet den Übergang der Türkei von einer weitgehend passiven, eindimensionalen Außenpolitik hin zu einer dynamischen und vielseitigen Diplomatie (Kirişçi, 2004: 39–51 und 2006). Somit betreibt die Türkei eine multidimensionale Außenpolitik, wobei die EU-Mitgliedschaft weiter das Hauptziel bleibt. Nicht zu vergessen ist, dass die (eventuelle) EU-Mitgliedschaft dieses Land attraktiv macht. Anders ausgedrückt: Sowohl die Turk-Staaten im Kaukasus und in Zentralasien (Bal, 2000: 107–206) als auch islamische Länder halten einen Türkeibeitritt für wichtig.²⁴ Die in diesem Artikel erläuterten unterschiedlichen politischen Konzeptionen gelten ferner für die Türkei nicht als eine Alternative zur EU-Integration, auch deshalb, weil die Türkei – politisch²⁵ und wirtschaftlich²⁶ gesehen – ihre Beziehung zur EU nicht außer Acht lassen kann und will.

LITERATURVERZEICHNIS

ADALET VE KALKINMA PARTISI (2011), *Parti Programı 2011*, Internet: http://www.akparti.org.tr/site/akparti/parti-programi#bolum_ (Zugriff: 10.4.2011).

AKGÜL, Fatih (2009), *Rusya ve Türkiye'de Avrasyacılık*, S. 178–212.

²⁴ „In jedem Fall ist unzweifelhaft, dass die Annäherung der Türkei an die EU positive Rückwirkungen auf das europäische Verhältnis zur arabischen und der islamischen Welt haben wird.“ (Noureddine, 2007).

²⁵ Außer der EU ist die Türkei in den meisten europäischen Organisationen Mitglied, wie im Europarat und in der NATO.

²⁶ Zum Beispiel findet regelmäßig mehr als die Hälfte der türkischen Exportgüter in EU-Ländern Absatz.

ALTUNIŞIK, Meliha Benli (2005), *The Turkish model and democratization in the Middle East*, in: Arab Studies Quarterly 27 (1–2), S. 45–63.

AYATA, Sencer (2004), *Changes in domestic politics and foreign policy orientation of the AK party*, in: G. Lenore Martin et al. (Hg.), *The future of Turkish foreign policy*, Cambridge, Mass., Mit Press, S. 243–279.

AYDIN, Mustafa (2003), *Between Euphoria and Realpolitik*, in: Ismael, Tareq Y./ Aydin, Mustafa, *Turkey's Foreign Policy in the Twenty-First Century*, S. 139–160.

AYGÜN, Sinan (2006), *Avrupa Tuzağında Mankurtlaşan Türkiye. Bir Millet Uyanıyor* 8, S. 48–92.

BAL, Idris (2000), *Turkey's Relations with the West and the Turkic Republics*, S. 107–206.

BULUT, Arslan (2005), *Küresel Haçlı Seferi. Bir Millet Uyanıyor* 5, S. 189–231.

CUMHURİYET HALK PARTİSİ (2011), *Cumhuriyet Halk Partisi Programı*, S. 124–135.

DAVUTOĞLU, Ahmet (2001), *Stratejik Derinlik. Türkiye'nin Uluslararası Konumu*, S. 24–41.

DUGIN, Aleksandr (2003), *Rus Jeopolitiği: Avrasyacı Yaklaşım*, S. 13–41.

DUGIN, Aleksandr (2007), *Moskova-Ankara Eksenini. Avrasya Hareketi'nin Temel Görüşleri*, S. 88–109.

ENGDAHL, F. William F. (2009), *Die Türkei und Russland rücken enger zusammen*. Internet: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/f-william-engdahl/die-tuerkei-und-russland-ruecken-enger-zusammen.html;jsessionid=F70CF0203D375649-8FC9BDB33684-D34A> (Zugriff:26.02.2009).

ERMAGAN, Ismail (2010), *EU-Skeptizismus in der Türkei: Eine prinzipielle Gegnerschaft oder ein schwankender Skeptizismus?*, in: Birte Wassenberg/Frédéric Clavert/Philippe Hamman (Hgg.): *Contre l'Europe? Anti-européisme, euroscepticisme et alter-européisme dans la construction européenne de 1945 à nos jours (Volume I), les concepts*, S. 399–418.

EURAKTİV (2009), *Erbakan'ın kurduğu İslami D-8'i Davutoğlu Malezya'da topladı*. Internet: <http://www.euractiv.com.tr/ab-ve-turkiye/article/erbakanin-kurdugu-islami-d-8i-davutoglu-malezzyada-topladi-007592> (Zugriff: 03.11.2009).

EVERTS, Steven (2004), *An asset but not a model: Turkey, the EU and the wider Middle East*, London, Center for European Reform.

FELS, Enrico (2009), *Assessing Eurasia's Powerhouse. An Inquiry into the Nature of the Shanghai Cooperation Organisation*, S. 15–24.

FULLER, Graham E. (2004), *Turkey's strategic model: myths and realities*, in: *The Washington Quarterly*, Summer, S. 51–64.

- FUKUYAMA, Francis (1992), *The End of History and the Last Man*.
- HABER7 (2008), *BBP, AB'ye karşı Türk İslam Birliği kuracak*.
Internet: <http://www.haber7.com/haber/20080601/BBP-ABye-karsi-Islam-Birligi-kuracak.php> (Zugriff: 01.06.2008).
- HALBACH, Uwe (2002), *Sicherheit in Zentralasien: Hintergründe im Schachspiel auf dem eurasischen Feld*, in: Reader Sicherheitspolitik, 8.
- HALM, Heinz (2005), *Die Schiiten*. München.
- HEIM, Michael (2004), *Der tote Scheich im Hause Saud. Die verhängnisvolle Geschichte des Wahhabismus*. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 49, Nr. 10, S. 1262–1269.
- GÜRBEY, Gülistan (1997), *Türkische Außenpolitik unter Necmettin Erbakan: Islamistische Wende?*, in: Südosteuropa Mitteilungen 37 (2), S. 125–139.
- GÜRCEN, Murat (2002), *Orgeneral Kılıç: Avrupa bize uymaz*.
Internet: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=31291> (Zugriff: 11.12.2009).
- ILHAN, Suat (2005), *Türklerin Jeopolitiği ve Avrasyacılık. Bir Millet Uyanıyor 2*, S. 171 – 214.
- IMANOV, Vügar (2008), *Avrasyacılık: Rusya'nın Kimlik Arayışı*, S. 45 – 57.
- KALEAĞASI, Bahadır (2004), *AB'ye alternatif meselesi*. Internet: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=31409> (Zugriff: 11.12.2004).
- KARAMOLLAOĞLU, Temel (2010), *Die Saadet Partisi und die EU-Mitgliedschaft der Türkei*, in: Ermagan, Ismail (Hg.): *Die Europäische Union und der Beitritt der Türkei. Positionen türkischer Parteien und der Parteien im Europäischen Parlament*, S. 92–109.
- KILINÇ, Tuncer (2007), *ADD başkanından 'Tehdit' vurgusu*. Internet: in: <http://www.haberpan.com/add-baskanindan-tehdit-vurgusu-haberi/> (Zugriff: 08.4.2011).
- KIRIŞCI, Kemal (2004), *Between Europe and the Middle East: the transformation of Turkish policy*, in: Middle East Review of International Affairs 8 (1), S. 39–51.
- KIRIŞCI, Kemal (2006), *Turkey's foreign policy in turbulent times*, Paris: European Union Institute for Security Studies (Chaillot Paper 92).
- KUT, Gün (1994), *Yeni Türk Cumhuriyetleri ve Uluslararası Ortam*, in: Büşra Ersanlı Behar (Hg.), *Bağımsızlığın İlk Yılları: Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan*, Ankara: Kültür Bakanlığı Yayınları, S. 9–24.
- LANDAU, Jakob M. (1995), *Pan-Turkism: From Irredentism to Cooperation*, S. 29 – 47.
- LARRABEE, Stephen F. / Lesser, Ian O. (2003), *Turkish foreign policy in an age of uncertainty*, Santa Monica, Calif.: Rand Corporation

LIST, Dörthe (2004), *Regionale Kooperation in Zentralasien: Hindernisse und Möglichkeiten*, Herborn, Giessen, Univ., Internet: <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2005/2006/> (Zugriff: 03.11.2009).

MAKOVSKY, Alan (1999), *The new activism in Turkish foreign policy*, in: School of Advanced International Studies Review 19 (1), S. 92–113.

MANISALI, Erol (2005), *Bekleme Odasında İğfal*, S. 52.

MEDWEDEW, Dimitri (2010), *Türkei wird Russlands strategischer Partner*. Internet: <http://www.aknews.com/de/aknews/4/144213/> (Zugriff: 10.05.2010).

MIELKE, Christoph (2007), *Wandel der türkischen Nahostpolitik: Außenpolitik zwischen regionalem Führungsanspruch und Interessenskonflikten*, Berlin: Netzwerk Türkei (Working Paper 3).

MILLI GAZETE (2009), *Türkiye'nin yeri AB değil, İslâm Birliği*. Internet: <http://www.milligazete.-com.tr/makale/turkiyenin-yeri-ab-degil-isl%C3%A2m-birligi-123385.htm> (Zugriff: 22.04.2009).

MILLİYETÇİ HAREKET PARTİSİ (2007), *Milliyetçi Hareket Partisi 22 Temmuz 2007 Seçim Beyanamesi*, S. 113–121.

MORELLI, Vincent (2011), *European Union Enlargement: A Status Report on Turkey's Accession Negotiations*, Section Research Manager, March 15, 2011.

MOSER, Brigitte/WEITHMANN, Michael W. (2002), *Die Türkei, Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten*, S. 83–88.

NOUREDDINE, Muhammad (2007), *Wechselseitige Einflüsse, brüchige Beziehungen*. Internet: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-65/_p-1/i.html (Zugriff: 05.3.2011).

N-TV.DE (2010), *Alternativen zum EU-Beitritt der Türkei*. Internet: <http://www.n-tv.de/politik/dossier/Alternativen-zum-EU-Beitritt-der-Tuerkei-article795255.html> (Zugriff: 26.03.2010).

NUREŞ, Nurver (2002), *Die Schwarzmeerwirtschaftskooperation (SMWK) am Scheideweg*. Internet: http://www.kas.de/wf/doc/kas_971-544-1-30.pdf (Zugriff: 16.01.2010).

OLCAY, Bülent (2001), *Avrasya'da Hazar Denklemi*, in: Idris Bal (Hrsg.), 21. Yüzyılın Eşiğinde Türk Dış Politikası, Istanbul: Alfa Basım Yayın, S. 373–380.

OKTAV, Özden Zeynep (2005), *American policy towards the Caspian Sea and the Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline*, in: Perceptions X. (1), S. 17–33.

ÖNİŞ, Ziya (2001), *Turkey and the post-soviet states: potential and limits of regional power influence*, in: Middle East Review of International Affairs 5 (2), S. 66–74.

ÖZTÜRK, Asiye (2009), *Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei*. Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; 5/2009, S. 15.

PERİNÇEK, Doğu (2009), *Kemalist Devrim'in olmazsa olmazı: Avrasyacılık*. Internet: <http://www.ip.org.tr/lib/pages/haberdetay-buro.asp?goster=haberdetay&idhaber=1774> (Zugriff: 02.06.2009).

RADIKAL (2002), *Avrupa kavgası kızıştı*. Internet: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=31392> (Zugriff: 25.12.2009).

SARIBAY, Ali Yaşar (1989), *Die Nationale Heilspartei*, in: Blaschke, Jochen/Bruinessen, Martin van (Hg.): *Islam und Politik in der Türkei*, S. 266.

SEDGWICK, Mark J. (2004), *Neo-Eurasianism in Russia*, in: *Against the Modern World. Traditionalism and the Secret Intellectual History of the Twentieth Century*, S. 221–240.

SIDDIKOĞLU, M. Günay (2009), *Avrupa Birliği Nedir ne Değildir?* (2). Internet: <http://www.ortadogugazetesi.net/makale.php?yid=&makale=Avrupa+Birli%F0i+Nedir+ne+De%F0ildir%3F+%282%29&id=3922> (Zugriff: 11.01.2011).

SOUCHAK, Ernie (2009), *Türkei wendet sich von Europa ab – die EU ist schuld*. Internet: <http://www.ftd.de/politik/europa/:kurswechsel-tuerkei-provoziert-westliche-verbuendete/500-34643.html> (Zugriff: 08.11.2009).

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (2010), *Erdogan beklagt Hinhaltetaktik Brüssels*. Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-beitritt-zur-eu-erdogan-beklagt-hinhaltetaktik-bruessels-1.1021670> (Zugriff: 10.11.2010).

ŞANDIR, Mehmet (2002), *Yeni açılımlar olabilir*. Internet: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=31392> (Zugriff: 25.12.2009).

TIBI, Bassam (2001), *Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus*.

TOCCI, Nathalie (2005), *Europeanization in Turkey: trigger or anchor for reform*, in: *South European Society and Politics* 10 (1), S. 71–81.

UNGER, Craig (2005), *Öl, Macht und Terror*. Piper, München.

YALÇINTAŞ, Nevzat (2009), *Türk Birliğini kuralım!* Internet: http://www.varanhaber.com/haber_detay.asp?haberID=1067 (Zugriff: 12.12.2009).

Interviews:

1- Interview des Autors mit Faruk Bal, dem Vizepräsidenten der MHP, Ankara, 2005.

2- Interview des Autors mit Onur Öymen, dem Ex-Vizepräsidenten der CHP, Istanbul, 2006.

3- Interview des Autors mit Suat Kınıklıoğlu, dem Vizepräsident für auswärtige Angelegenheiten der AKP, Ankara, 2008.

4- Interview des Autors mit Ali Özdemir, Kreisvorsitzender der MHP, Bağcılar, Istanbul, 2008.